

Sonderheft der  
AOK PLUS  
Fachinformationen  
für Arbeitgeber

# gesundes unternehmen

Beiträge  
**Rechengrößen**  
Termine

in der Heftmitte zum  
Herausnehmen

daten | fakten | termine  
zur Sozialversicherung

# 2025

gesundes unternehmen –  
daten | fakten | termine  
2025 – Sonderheft der  
AOK PLUS

**Herausgeber:**

AOK-Bundesverband  
Rosenthaler Straße 31  
10178 Berlin

AOK PLUS  
Sternplatz 7  
01067 Dresden  
aok.de/plus

**Verlag und Redaktion:**

Ministry Group GmbH  
Kanalstraße 28  
22085 Hamburg

Momentum Data Driven  
Stories GmbH  
Am Sandtorkai 27  
20457 Hamburg

**Editorial Director:**

Jochen Brenner

**Redaktionsleitung:**

Per Horstmann  
Maria Zeitler (stv.)

**Fachredaktion:**

Heike Bohn, Silke Siems

**Regionalredaktion**

**AOK PLUS:**  
Rico Schubert

**Alle Bildrechte:** AOK, sofern  
nicht anders angegeben

**Druck:**

L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG  
DruckMedien  
Marktweg 42–50  
47608 Geldern

**Erscheinungsweise:**

einmal jährlich

**Redaktionsschluss:**

20. Dezember 2024

Mit der kostenfreien Aus-  
sendung des Magazins  
**gesundes unternehmen**  
kommt die AOK PLUS ihren  
sich aus §104 SGB IV  
und §13 SGB I ergebenden  
Beratungs- und Informa-  
tionspflichten nach. Nach-  
druck, auch auszugsweise,  
sowie elektronische Ver-  
vielfältigung von Artikeln  
und Fotos nur mit ausdrück-  
licher Genehmigung des  
Verlags. Für unverlangt ein-  
gesandte Manuskripte und  
Fotos keine Gewähr.

Sven Nobereit,  
Vorsitzender des  
Verwaltungsrates  
der AOK PLUS



# Die wichtigsten Änderungen 2025

**Ihnen und all Ihren Beschäftigten** wünschen wir ein gesundes neues Jahr mit viel Kraft und Zuversicht für Ihre persönlichen und unternehmerischen Ziele. In unserem Fachportal für Arbeitgeber finden Sie wie gewohnt die gesetzlichen Änderungen zum Jahreswechsel. Alle Rechengrößen, wie Beitragssätze und Bemessungsgrenzen, haben wir für Sie auf [aok.de/fk/plus/rechenwerte](http://aok.de/fk/plus/rechenwerte) als praktisches PDF zusammengefasst.

**Das ändert sich zum 1. Januar 2025:**

**2025 kommt eine historische Erhöhung** der Zusatzbeiträge auf Beitragszahlende zu. Mehr zu den Hintergründen auf Seite 10 im Heft.

**Krankenversicherung:** Durch gesetzliche Rahmenbedingungen und ständig steigende Kosten ist es für die Krankenkassen leider unvermeidlich, ihre Beiträge zu erhöhen. Das betrifft auch die AOK PLUS. Deshalb müssen wir den Zusatzbeitrag um 1,3 Prozentpunkte auf 3,1 Prozent anpassen. Der neue Beitragssatz beträgt 17,7 Prozent.

**Pflegeversicherung:** Der allgemeine Beitragssatz steigt für alle 2025 per Gesetz um 0,2 Prozentpunkte.

**Umlagesätze:** Im Ausgleichsverfahren U2 (Mutterschutz) entschied der Verwaltungsrat, den Umlagesatz um 0,2 Prozentpunkte auf 0,44 Prozent zu senken. Die Umlagesätze U1 (Arbeitsunfähigkeit) bleiben stabil.

Als starke Gemeinschaft stellen wir uns auch in Zukunft allen Herausforderungen. Für die bisherige Zusammenarbeit und Ihr Engagement als Arbeitgeber danken wir Ihnen. Was für Arbeitgeber sozialversicherungsrechtlich noch wichtig wird, lesen Sie neben folgenden Themen in der **daten | fakten | termine 2025**:

- neue Rückmeldegründe für Arbeitgeber bei der elektronischen Arbeitsunfähigkeitsbescheinigung (eAU)
- die Erhöhung des gesetzlichen Mindestlohns und die neue Minijobgrenze
- Änderungen im Meldeverfahren

In der Heftmitte finden Sie wie gewohnt die aktuellen Beitragssätze und Rechengrößen in der Sozialversicherung als herausnehmbaren Teil. Weitere Informationen zu den Themen Sozialversicherung und Betriebliche Gesundheitsförderung finden Sie auf [aok.de/fk/plus](http://aok.de/fk/plus).

Ich wünsche Ihnen und Ihrem Unternehmen viel Erfolg und alles Gute im neuen Jahr.

Ihr 



**4 Bessere Informationen beim eAU-Verfahren**

Neuerungen beim eAU-Verfahren erleichtern die Abfragen für Arbeitgeber

**6 Häufige Fragen rund um die eAU**

Die Abläufe und Neuerungen beim eAU-Verfahren waren Thema eines AOK-Online-Seminars

**8 SV-News**

Aktuelle Rechtsänderungen kurz und knapp

**10 Beitragsentwicklung in der Sozialversicherung**

Die wichtigsten Änderungen bei Beiträgen und Rechengrößen 2025

**11 beiträge | rechengrößen | termine 2025**

Sonderteil zum Herausnehmen in der Heftmitte

**15 SV-Checkliste zum Jahreswechsel**

Zu Beginn eines neuen Jahres sind in der Entgeltabrechnung mehrere Aufgaben zu erledigen

**16 Neue Grenzen bei Minijobs**

Auswirkungen der Erhöhung des Mindestlohns auf Mini- und Midijobs

**18 Fachkräfte gewinnen mit der Chancenkarte**

Die Chancenkarte erleichtert Fachkräften aus Drittstaaten die Arbeitssuche in Deutschland

**20 Neues bei den Meldungen**

Die wichtigsten Neuerungen in den Meldeverfahren zur Sozialversicherung im Überblick

**23 AOK-Service**

Die Arbeitgebermedien der AOK



**Jederzeit für Sie erreichbar**



**AOK-Arbeiterservice**

Für alle Fragen rund um Beiträge, Meldungen und Co. von 8 bis 20 Uhr für Sie da unter 0800 1059000



**Arbeitgeberinformationsportal**

Praktische Hilfe für die tägliche Arbeit  
→ [aok.de/arbeitgeber](https://aok.de/arbeitgeber)



**Bei Fragen und Anregungen zu Themen**

in **g,esundes unternehmen** schreiben Sie uns unter [gesundes.unternehmen@plus.aok.de](mailto:gesundes.unternehmen@plus.aok.de)



**Alle Fragen zu Fachinhalten**

beantwortet Ihnen Markus Renner unter [markus.renner@plus.aok.de](mailto:markus.renner@plus.aok.de)



# Bessere Informationen beim eAU-Verfahren

**Arbeitsunfähigkeit.** Mehr behandelnde Stellen, mehr Daten: Die Neuerungen beim eAU-Verfahren erleichtern die Abfragen für Arbeitgeber. Dafür sorgen neue Rückmeldegründe.

## **eAU bei Vorsorge-, Reha- und teilstationären Behandlungen**

**Kennzeichen „5“ (Reha/Vorsorge):** Stationäre Aufenthalte in einer Vorsorge- oder Rehabilitationseinrichtung werden seit 1. Januar 2025 als Rückmeldegrund „5“ in das eAU-Verfahren einbezogen. Der Leistungsträger Unfallversicherung ist jedoch noch nicht am Datenaustauschverfahren beteiligt.

Bei teilstationären Behandlungen erhält der Arbeitgeber mit dem **Kennzeichen „6“ (Teilstationäre Krankenhaus-**

**behandlung)** einen Hinweis auf diese Behandlung ohne weitere Daten. Weitere Angaben enthält die Rückmeldung nicht. Konkrete Daten erfragen Arbeitgeber bei den betroffenen Beschäftigten.

## **Bei Unklarheiten: Zwischenmeldung „7“**

Erhält die Krankenkasse eAU-Daten, selektiert und kontrolliert sie diese, bevor sie die Daten an den Arbeitgeber weiterleitet. Wenn die Krankenkasse noch Angaben der Klinik oder Praxis beziehungsweise der Vorsorge- oder Rehaeinrichtung prüft, erhalten Arbeitgeber eine Mel-

derung mit dem **Kennzeichen „7“ (in Prüfung)**. Das gilt auch, wenn die AU-Bescheinigung nicht vollständig digital übermittelt werden konnte.

Dabei handelt es sich um eine Zwischenmeldung: Klärt die Krankenkasse den Sachverhalt innerhalb von 28 Tagen, schickt sie proaktiv eine abschließende Rückmeldung. Gelingt die Klärung innerhalb dieses Zeitraums nicht, erhält der Arbeitgeber keine neue Rückmeldung. Um den Sachverhalt zu bearbeiten, wendet sich der Arbeitgeber am besten an den Beschäftigten oder die Beschäftigte oder direkt an die Krankenkasse. Auch eine erneute eAU-Abfrage für den betreffenden Zeitraum ist nach Ablauf der Frist möglich.

#### Nachweise aus dem Ausland und von Privatpraxen

Mit dem **Kennzeichen „8“ (anderer Nachweis liegt vor)** meldet die Krankenkasse, dass ein privatärztlicher oder ausländischer AU-Nachweis vorliegt. Weitere Daten dazu können nicht rückgemeldet werden. Mehr Informationen zu dieser Arbeitsunfähigkeit erhalten Arbeitgeber von dem oder der Beschäftigten.

#### eAU bei Krankenkassenwechsel

Das **Kennzeichen „9“ (Weiterleitungsverfahren)** zeigt Arbeitgebern, dass in Einzelfällen die neue Krankenkasse nach einem Krankenkassenwechsel noch keine Informationen zu einer eAU hat. Grundsätzlich leitet die bisherige Kasse eAU-Daten für Zeiträume nach Ende einer Mitgliedschaft proaktiv an die neue Kasse weiter.

Fragt der Arbeitgeber dort eAU-Zeiträume ab, die noch nicht vorliegen, etwa weil der Kassenwechsel noch nicht abgeschlossen ist, erhält er die Zwischenmeldung „9“.

Innerhalb von 14 Tagen nach Versand der Zwischenmeldung „9“ erfolgt an den Arbeitgeber eine Rückmeldung

- entweder von der neuen Kasse, wenn dort Daten eingehen,
- oder von der bisher zuständigen Krankenkasse, sofern dort Daten vorliegen.

Arbeitgeber können so auch im Fall eines Kassenwechsels zeitnah eAU-Daten abrufen.

#### Rückmeldung bei Krankenhausaufenthalt

Beim eAU-Informationsaustausch bei Krankenhausaufenthalt gibt es auch eine Neuerung: Sofern die stationäre Behandlung zum Zeitpunkt der eAU-Abfrage durch den Arbeitgeber noch läuft, erhält dieser eine Mitteilung über das voraussichtliche Entlassungsdatum. Die Krankenkasse übermittelt dann proaktiv das tatsächliche Entlassungsdatum, sobald es ihr vom Krankenhaus mitgeteilt wird.

## Fristen für automatische Rückmeldungen

Wenn AU-Daten zum Abfragezeitpunkt nicht vorliegen, schickt die Krankenkasse unter bestimmten Umständen von sich aus eine Rückmeldung:

- Innerhalb von 14 Tagen nach der eAU-Abfrage gehen eAU-Daten aus Praxis oder Klinik ein. Die Krankenkasse leitet sie automatisch an den Arbeitgeber weiter.
- Auch beim Weiterleitungsverfahren (Rückmeldegrund „9“) erhalten Arbeitgeber innerhalb von 14 Tagen eine Rückmeldung.
- Innerhalb von 28 Tagen meldet sich die Krankenkasse bei Rückmeldegrund „7“ (in Prüfung), sofern sie die Unklarheiten klären konnte.

## Passendes Datum, passende eAU

Damit eine eAU zugeordnet werden kann, sollten Arbeitgeber eines beachten: Nicht der Zeitpunkt der Abfrage ist maßgeblich, sondern das im Feld „Abwesenheit\_ab\_AG“ angegebene Datum. Es entspricht jenem Tag, ab dem der oder die Beschäftigte abwesend war. Wird die Person erneut krankgeschrieben, ruft der Arbeitgeber jede Folgebescheinigung separat ab. Die Abfrage ist dabei frühestens einen Kalendertag nach dem bisherigen Ende der AU möglich.



## So unterstützt die AOK

Alle wichtigen Infos zum eAU-Verfahren und den Neuerungen 2025 gibt es auf dem AOK-Fachportal für Arbeitgeber:

→ [aok.de/fk/jahreswechsel](https://aok.de/fk/jahreswechsel)

→ [aok.de/fk/sozialversicherung/entgeltfortzahlung-und-ausgleichsverfahren](https://aok.de/fk/sozialversicherung/entgeltfortzahlung-und-ausgleichsverfahren)

# Häufige Fragen rund um die eAU

**Arbeitsunfähigkeit.** Die Abläufe und Neuerungen beim eAU-Verfahren waren Thema eines AOK-Online-Seminars. Die häufigsten Fragen der Teilnehmenden beantwortet das FAQ zur eAU.

## **Was bedeutet das Feld „Abwesenheit\_ab\_AG“?**

Das ist das Datum des Beginns der Arbeitsunfähigkeit, das der oder die Beschäftigte dem Arbeitgeber mitteilt. Nicht der Abrufzeitpunkt, sondern das Datum in diesem Feld ist beim eAU-Abruf entscheidend.

## **Eine Beschäftigte wird erst im Verlauf des Arbeitstages krank, geht am selben Tag noch in eine ärztliche Praxis und erhält auch die AU ab diesem Tag. Wann beginnt die Entgeltfortzahlung?**

Hier liegt ein sogenannter Bruchtag vor, an dem der Arbeitgeber das gewöhnliche Arbeitsentgelt zahlt, auch wenn die ärztliche Praxis ab diesem Tag die AU bescheinigt. Bei Abgabe einer Entgeltbescheinigung für das Krankengeld teilen Arbeitgeber der Krankenkasse dann mit, dass der oder die Beschäftigte am ersten Tag der Erkrankung noch gearbeitet hat.

## **Ein Beschäftigter bleibt über den Zeitraum der ersten eAU hinaus arbeitsunfähig. Mit welchem Datum rufe ich die Folgebescheinigung ab?**

Der Arbeitgeber startet für die Erstbescheinigung und jede Folgebescheinigung eine eigene eAU-Abfrage. Die Abfrage der Folgebescheinigung erfolgt mit dem Datum des ersten Tages nach dem Ende der bisher vorliegenden eAU. Das gilt auch, wenn die Folgebescheinigung schon beginnt, bevor die Erstbescheinigung endet.

### **Beispiel:**

**Erste AU-Bescheinigung eines Beschäftigten:**

**16.9. bis 20.9.**

**Folgebescheinigung:**

**19.9. bis 26.9.**

Die erste Abfrage bleibt unverändert bestehen. Der Arbeitgeber startet eine neue Abfrage und gibt im Feld „Abwesenheit\_ab\_AG“ den ersten Tag nach Ende der vorangegangenen AU-Zeit ein, also den 21.9.

## **Eine Beschäftigte liegt zum Zeitpunkt meiner eAU-Abfrage im Krankenhaus. Die Rückmeldung der Krankenkasse enthält nur das voraussichtliche Entlassungsdatum. Wie geht es weiter?**

Seit diesem Jahr übermittelt die Krankenkasse das tatsächliche Entlassungsdatum proaktiv an den Arbeitgeber, sobald das Krankenhaus es ihr meldet. Weil das oft bis zu zwei Wochen verzögert passiert, dauert es ein wenig, bis die Rückmeldung vorliegt.

## **Ein Beschäftigter erkrankt im Ausland. Gibt es dann auch eine eAU?**

Liegt eine ausländische AU-Bescheinigung vor, erhalten Arbeitgeber die Rückmeldung „8 – anderer Nachweis liegt vor“. Genaue Daten werden aber nicht weitergeleitet. Diese erfragen Arbeitgeber selbst bei ihren Beschäftigten. Das gilt auch bei privatärztlichen AU-Bescheinigungen.

## **Ab wann ist der Abruf einer eAU sinnvoll?**

Wenn die oder der Beschäftigte zum Zeitpunkt der Abfrage verpflichtet ist, eine AU durch eine ärztliche Praxis feststellen zu lassen, und die Praxis das bereits an die Krankenkasse melden konnte. In der Regel ist das der fünfte Kalendertag, nachdem der oder die Beschäftigte sich arbeitsunfähig gemeldet hat. Besteht im Betrieb die Pflicht, eine AU bereits ab dem ersten Tag der Erkrankung ärztlich zu bescheinigen, ist der Abruf ab dem zweiten Kalendertag möglich.

## **Ein Beschäftigter hat einen AU-Schein auf Papier vorgelegt. Digital erhalten wir bei Abruf aber die Meldung, dass keine eAU vorliegt. Was nun?**

Können ärztliche Praxen eine AU-Bescheinigung nicht digital übermitteln, senden sie diese per Post an die Krankenkasse oder übertragen dem oder der Beschäftigten die Weiterleitung. Das verursacht eine Verzögerung, bis die Daten elektronisch abrufbar sind. Erhält ein Arbeitgeber die Rückmeldung „4 – Nachweis liegt nicht vor“ und die AU geht der Krankenkasse innerhalb von

14 Tagen zu, wird die eAU dem Arbeitgeber ohne erneute Abfrage bereitgestellt.

### **Sind die Rückmeldegründe bei allen Krankenkassen gleich?**

Ja, das gesetzlich abgestimmte Verfahren gilt für alle Krankenkassen. Die Rückmeldungen sind bei allen gleich.

### **Gibt es auch eine eAU für Beschäftigte, die wegen eines kranken Kindes zu Hause bleiben?**

Nein, das muss der oder die Beschäftigte dem Arbeitgeber selbst mitteilen. Die ärztliche Praxis übergibt oder sendet eine Bescheinigung an den versicherten Elternteil. Sie enthält ärztliche Angaben zur Betreuung des erkrankten Kindes und Felder, die die Eltern ausfüllen. Die Bescheinigung dient so auch als Antrag auf Kinderkrankengeld.

### **Wie sieht es mit der AU-Bescheinigung für Azubis aus?**

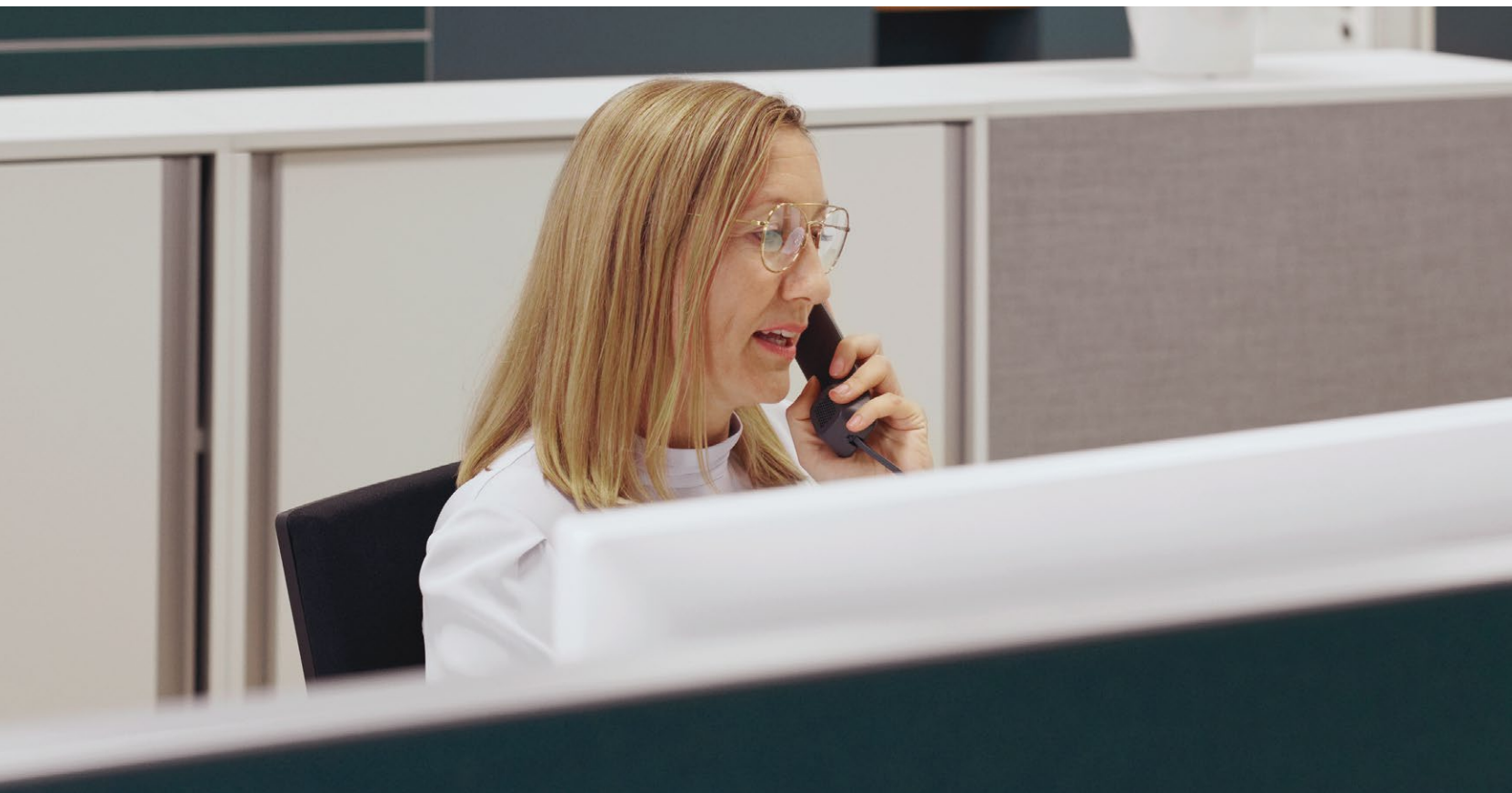
Arbeitgeber können für Auszubildende die eAU abfragen. Die Berufsschule hat diese Möglichkeit nicht, sodass gegebenenfalls Arbeitgeber Informationen zur Krankschreibung an die Schule weiterleiten.



### **So unterstützt die AOK**

Eine Aufzeichnung des Online-Seminars „eAU: Neuerungen ab 1. Januar 2025“ sowie ein Best-of der Fragen von Teilnehmenden samt Antworten der AOK-Expertinnen und -Experten finden Sie auf:

→ [aok.de/fk/online-seminare-als-video](https://aok.de/fk/online-seminare-als-video)





### Pflegeversicherung

## Digitales Verfahren zum Kindernachweis kommt

**Ab Juli 2025** kommt es in der Pflegeversicherung zu wichtigen Änderungen. Zentrales Element ist die Einführung eines digitalen Verfahrens zur Erfassung der Elterneigenschaft sowie der Anzahl der berücksichtigungsfähigen Kinder. Arbeitgeber brauchen dann in den meisten Fällen keine Nachweise mehr von ihren Beschäftigten anzufordern, da das Bundeszentralamt für Steuern (BZSt) die Daten automatisch bereitstellt. Dazu müssen die Daten der Beschäftigten einmal über eine Schnittstelle bei der Deutschen Rentenversicherung abgefragt werden. Ändert sich die Zahl der Kinder, wird der Arbeitgeber proaktiv informiert.

Die Daten des Bundeszentralamts sind allerdings nicht immer vollständig. Denn Daten für steuerlich nicht erfasste Kinder können über dieses Verfahren nicht erhoben werden. Das ist etwa bei Stiefkindern der Fall. Hier müssen Arbeitgeber und Beschäftigte individuell reagieren. Beschäftigte sollten dann entsprechende Nachweise vorlegen.

# 3,6%

ist der neue Beitragssatz zur Pflegeversicherung ab 1. Januar 2025. Dieser Basisbeitragssatz gilt für Beschäftigte mit einem Kind.



### So unterstützt die AOK

Weitere Informationen zu Pflegeversicherungsbeiträgen und einer eventuellen Verzinsung von Beitragsansprüchen finden Sie im Fachportal für Arbeitgeber:

→ [aok.de/fk/pv-beitragsaetze-2025](https://aok.de/fk/pv-beitragsaetze-2025)

### Viertes Bürokratieentlastungsgesetz

## Bagatellgrenze für Künstlersozialabgabe liegt 2025 bei 700 Euro

**Unternehmen, die die Leistung** selbstständiger Kunstschaffender oder Publizistinnen und Publizisten in Anspruch nehmen, bezahlen die Künstlersozialabgabe als Umlage. Bisher entfiel die Abgabepflicht, wenn die Gesamtsumme der Aufträge unter 450 Euro im Kalenderjahr lag. Diese Bagatellgrenze wird nun in zwei Stufen erhöht. Sie steigt zum 1. Januar 2025 auf 700 Euro und zum 1. Januar 2026 auf 1.000 Euro. Diese Freigrenze gilt nicht für Unternehmen, die als „typische Verwerter“ eingestuft sind, weil sie regelmäßig mit Kunstschaffenden oder publizistisch Tätigen zusammenarbeiten, etwa Verlage, Theater, Orchester oder Galerien.

Berechnet wird die Künstlersozialabgabe auf Basis der Entgelte, die das Unternehmen in einem Kalenderjahr

an diese Selbstständigen gezahlt hat. Diese werden mit dem Abgabesatz für die Künstlersozialversicherung multipliziert, der 2025 unverändert bei 5,0 Prozent liegt. Für die Abgabepflicht eines Unternehmens kommt es nicht darauf an, ob der oder die Auftragnehmer bei der Künstlersozialkasse versichert ist oder welchen Beruf er oder sie gelernt hat – erheblich ist nur die konkret erbrachte Leistung. Unternehmen, die 2024 selbstständige Kunstschaffende oder Publizierende beauftragt haben, melden die gezahlten Honorare bis 31. März an die Künstlersozialkasse.

Nähere Informationen zur Künstlersozialabgabe erhalten Sie unter:

→ [aok.de/fk/kuenstlersozialabgabe](https://aok.de/fk/kuenstlersozialabgabe)



## SV-Beiträge

# Insolvenzgeldumlage 2025 steigt auf 0,15 Prozent

Die **Insolvenzgeldumlage** steigt zum 1. Januar 2025 auf 0,15 Prozent. Die Bundesregierung hat (bis Redaktionsschluss) keine neue Insolvenzgeldverordnung erlassen. Daher tritt der gesetzlich festgelegte Wert wieder in Kraft.

Das Insolvenzgeld sichert Beschäftigte finanziell gegen das Risiko der Zahlungsunfähigkeit ihres Arbeitgebers ab. Tritt bei einem Unternehmen ein Insolvenzereignis ein und es kann das Entgelt für seine Beschäftigten nicht mehr bezahlen, können diese Insolvenzgeld bei der Agentur für Arbeit beantragen. Es wird einmalig für die letzten drei Monate vor Eintreten der Insolvenz gewährt.

Die Umlage dafür zahlen Arbeitgeber grundsätzlich für alle Beschäftigten – auch bei Praktika, Minijobs und Ausbildungsverhältnissen. Die Unternehmensgröße spielt dabei keine Rolle. Ausgenommen von der Umlagepflicht sind Arbeitgeber der öffentlichen Hand, Privathaushalte, die zum Beispiel eine Haushaltshilfe beschäftigen, und Wohnungseigentümergeinschaften.

## Bezugsdauer verlängert

# Kurzarbeitergeld wird bis zu 24 Monate gezahlt

Das **Bundeskabinett** hat am 18. Dezember 2024 mit einer Verordnung die Bezugsdauer für das Kurzarbeitergeld auf bis zu 24 Monate verlängert. Das gilt bis Ende Dezember 2025. Danach gilt wieder die gesetzliche Dauer von zwölf Monaten.

Die Bundesregierung reagiert damit auf den deutlichen Anstieg der Kurzarbeit in Deutschland. Im September 2024 lag die Zahl der Kurzarbeitenden nach vorläufigen, hochgerechneten Daten bei rund 268.000. Das sind 76 Prozent mehr als im Vorjahr – und fast dreimal so viele wie im September 2022.



## Viertes Bürokratieentlastungsgesetz

# Zahlreiche Anträge künftig per E-Mail möglich

**Bei vielen Vorgängen**, für die bisher eine eigenhändige Unterschrift nötig war, reicht zukünftig eine einfache E-Mail. Das hat die Bundesregierung im Oktober mit dem Bürokratieentlastungsgesetz beschlossen und an zahlreichen Stellen das sogenannte Formerfordernis von Schriftform (schriftlich mit eigenhändiger Unterschrift) auf Textform (etwa per E-Mail) herabgestuft.

Ab 1. Januar 2025 ist etwa für folgende Anträge und Vorgänge die Textform ausreichend:

- Anträge beim Arbeitgeber auf Familienpflege- und Pflegezeit können über eine einfache Mitteilung per E-Mail erfolgen.
- Arbeitgeber können über die zentralen Bedingungen von Arbeitsverträgen per E-Mail informieren.
- Bei der Arbeitnehmerüberlassung reicht ein per E-Mail abgeschlossener Überlassungsvertrag zwischen Ver- und Entleiher.

Ab 1. Mai 2025 ist zudem die Ankündigung der Elternzeit beim Arbeitgeber per E-Mail gültig.

Die Maßnahmen entlasten Unternehmen wie Privatpersonen von unnötiger Bürokratie. Sowohl Arbeitgeber als auch Beschäftigte ersparen sich dadurch viel Zeitaufwand und Kosten.

# AOK PLUS erhöht Beitragssatz: Gründe und Auswirkungen

**Finanzierung der Beiträge.** Die AOK PLUS hat den Zusatzbeitragssatz zum 1. Januar 2025 angepasst. Die Gründe dafür sind vielschichtig und werfen ein Schlaglicht auf die aktuellen Herausforderungen der gesetzlichen Krankenversicherung.

Am 20. Dezember 2024 hat sich der Verwaltungsrat der AOK PLUS auf den Zusatzbeitragssatz in Höhe von 3,1 Prozent ab 1. Januar 2025 verständigt. Der Beitragssatz beträgt damit zukünftig 17,7 Prozent bei einem Haushaltsvolumen von 17,8 Milliarden Euro für die Gesundheitsversorgung der AOK PLUS-Versicherten in Sachsen und Thüringen. Daneben entschied der Verwaltungsrat im Ausgleichsverfahren U2 (Mutterschutz), den Umlagesatz ab 1. Januar 2025 erneut zu senken: um 0,2 Prozentpunkte auf 0,44 Prozent. Ursächlich sind die anhaltend niedrigen Geburtenraten in beiden Ländern – im bundesweiten Vergleich ist die Geburtenrate in Sachsen am stärksten zurückgegangen. Hier sank sie um zehn Prozent, in Thüringen um acht Prozent. Der Umlagesatz U1 (Arbeitsunfähigkeit) bleibt weiterhin stabil.

Dass der Beitragssatz erhöht werden muss, muss der Verwaltungsrat der AOK PLUS zum zweiten Mal in Folge beschließen. Sven Nobereit, alternierender Verwaltungsratsvorsitzender für die Arbeitgeberseite, kritisiert, dass zahlreiche politische Entscheidungen in den letzten zehn Jahren die gesetzliche Krankenversicherung vor erhebliche Herausforderungen gestellt hätten: „Kosten für versicherungsfremde Leistungen wurden auf Beitragszahler, Beschäftigte und Arbeitgeber abgewälzt.“ Die daraus resultierende Finanzlücke mache eine Beitragsanpassung unausweichlich, falle aber angesichts der Belastungen für die Arbeitgeber schwer. Das belastete nicht nur die AOK PLUS und andere Krankenkassen, sondern auch jene, die die Sozialversicherungsbeiträge täglich erarbeiten müssen.

Auch Daniela Kolbe, Verwaltungsratsvorsitzende für die Arbeitnehmerseite, bedauert, dass die Politik in Berlin seit Jahren nicht in der Lage ist, die gesetzliche Krankenversicherung nachhaltig zu stabilisieren. Sie unterstreicht aber: „Auf unsere starken Leistungen, den mehrfach ausgezeichneten Service und die gute Erreichbarkeit – sowohl persönlich als auch digital – können sich unsere Kundinnen und Kunden auch in Zukunft verlassen.“

## Weiter Forderung nach Reformen

Die Gründe für die Beitragssatzanpassung sind vielfältig. Zum einen steigen die Kosten für die Gesundheitsversorgung stetig an. So stiegen die Ausgaben bei Krankenhausbehandlungen auf 4,97 Milliarden Euro (ein Anstieg um 8,9 Prozent im Vergleich zu 2023), für Arzneimittel auf rund 2,71 Milliarden Euro (plus 9,1 Prozent) und für ärztliche Behandlungen auf rund 2,24 Milliarden Euro (plus 5,7 Prozent).

Zum anderen gibt es eine Reihe struktureller Probleme, die zu höheren Kosten führen. So zeigt sich, dass der Morbiditätsorientierte Risikostrukturausgleich (MorbiRSA) seine Kernfunktion – die Beitragsgelder dorthin zu lenken, wo sie zur Unterstützung Kranker benötigt werden – nicht mehr ausreichend erfüllt, stellt Nobereit fest und fordert die Bundesregierung auf, „endlich Taten folgen zu lassen und die dringend benötigten Reformen in der gesetzlichen Krankenversicherung umzusetzen.“ Kolbe und Nobereit verweisen auf konkrete Vorschläge der AOK für Reformen. Im Gesetzgebungsverfahren 2023 hat sich die AOK PLUS für eine gerechtere Verteilung der zu erwartenden Finanzlücke der Krankenkassen eingesetzt. „Der Bundesrat hat damals viele der Argumente der gesetzlichen Krankenkassen aufgegriffen und sich für Veränderungen am Gesetz engagiert. Der Bundestag ist den Positionen jedoch nicht gefolgt“, bedauern beide Vorsitzenden. Nach wie vor komme der Bund seinen Verpflichtungen nicht nach, es fehle an einem angemessenen Beitrag für die Versorgung von Bürgergeldbeziehenden. „Allein dadurch ergibt sich eine Finanzierungslücke von etwa zehn Milliarden Euro pro Jahr“, kritisiert Nobereit.

## Zuverlässiger Partner – auch in schwierigen Zeiten

„Ihre Beiträge fließen weiterhin in bestmögliche Leistungen und wertvolle Zusatzangebote“, bekräftigt Sven Nobereit und ergänzt: „Auch im neuen Jahr wollen wir bei den Leistungen nicht kürzen und weiterhin eine hochwertige Gesundheitsversorgung gewährleisten.“

Sonderheft der  
AOK PLUS  
Fachinformationen  
für Arbeitgeber

# gesundes unternehmen

**Beilage**

zum  
Herausnehmen

beiträge | rechengrößen | termine  
zur Sozialversicherung

# 2025

# Beitragssätze und Rechengrößen 2025

## AOK PLUS

Beitragssätze		
Versicherungszweig	Beitragsgruppe	Beitragssatz
<b>Krankenversicherung</b>		
Allgemeiner Beitragssatz	1000	14,6 %
Ermäßigter Beitragssatz	3000	14,0 %
AOK-eigener Zusatzbeitragssatz		3,1 %
Durchschnittlicher Zusatzbeitragssatz		2,5 %
<b>Rentenversicherung</b>		
Allgemeine Rentenversicherung	0100	18,6 %
<b>Agentur für Arbeit</b>		
Arbeitslosenversicherung	0010	2,6 %
Insolvenzgeldumlage	0050	0,15 %
<b>Pflegeversicherung<sup>1</sup></b>		
Beitragssatz für Kinderlose (ab Vollendung des 23. Lebensjahres)	0001	4,20 %
Beitragssatz mit 1 Kind	0001	3,60 %
Beitragssatz mit 2 Kindern bis 25 Jahre	0001	3,35 %
Beitragssatz mit 3 Kindern bis 25 Jahre	0001	3,10 %
Beitragssatz mit 4 Kindern bis 25 Jahre	0001	2,85 %
Beitragssatz mit 5 und mehr Kindern bis 25 Jahre	0001	2,60 %
Künstlersozialabgabe		5,00 %

Entgeltfortzahlungsversicherung der AOK Plus		
Umlage	Erstattung	Umlagesatz
U1 für Krankheitsaufwendungen	50%	2,15 %
	65%	2,95 %
U2 für Mutterschaftsaufwendungen	100 %	0,44 %

Beitragsbemessungsgrenzen	
<b>Kranken- und Pflegeversicherung</b>	<b>bundesweit</b>
Tag	183,75 €
Monat	5.512,50 €
Jahr	66.150,00 €
<b>Renten- und Arbeitslosenversicherung</b>	<b>bundesweit</b>
Tag	268,33 €
Monat	8.050,00 €
Jahr	96.600,00 €

Krankenversicherung		
Jahresarbeitsentgeltgrenze		
Allgemein	Jahr	73.800 €
Beschäftigte, die am 31.12.2002 privat krankenvollversichert waren	Jahr	66.150 €

## Minijobs (Minijob-Zentrale)

Geringfügigkeitsgrenze			Betrag
Monat			556 €
Beiträge/Steuern/Umlagen		Beitragsgruppe	Prozentsatz
Pauschaler Arbeitgeberbeitrag zur Krankenversicherung	6000		13,0%
Krankenversicherung bei Beschäftigung im privaten Haushalt	6000		5,0%
Pauschaler Arbeitgeberbeitrag zur Rentenversicherung	0500		15,0%
Rentenversicherung bei Beschäftigung im privaten Haushalt	0500		5,0%
Arbeitnehmerbeitrag zur Rentenversicherung	0100		3,6%
Arbeitnehmerbeitrag zur Rentenversicherung bei Beschäftigung im privaten Haushalt	0100		13,6%
Steuer			
Einheitliche Pauschsteuer	St		2,0%
Entgeltfortzahlungsversicherung bei Minijobs			
Umlage U1 für Krankheitsaufwendungen (80%)	U1		1,1%
Umlage U2 für Mutterschaftsaufwendungen (100%)	U2		0,22%

## Bezugsgrößen

Sozialversicherung	bundesweit	
Tag		124,83 €
Monat		3.745 €
Jahr		44.940 €

## Sachbezüge

Art des Sachbezugs		
Verpflegung	Monat	333 €
Unterkunft	Monat	282 €
Gesamtsachbezugswert	Monat	615 €

## Beitragszuschüsse (monatlich)

Freiwillige Krankenversicherung AOK PLUS u. Pflegeversicherung		
Arbeitnehmer mit einem Entgelt über der Beitragsbemessungsgrenze		
- mit Anspruch auf Krankengeld		487,85 €
- ohne Anspruch auf Krankengeld		471,32 €
Pflegeversicherung bei Beschäftigten außerhalb Sachsens		99,23 €
Pflegeversicherung bei Beschäftigung in Sachsen		71,66 €
Private Kranken- und Pflegeversicherung		
Arbeitnehmer mit einem Entgelt über der Beitragsbemessungsgrenze		
- mit Anspruch auf Krankengeld	max.	471,32 €
- ohne Anspruch auf Krankengeld	max.	454,79 €
Pflegeversicherung bei Beschäftigung außerhalb Sachsens	max.	99,23 €
Pflegeversicherung bei Beschäftigung in Sachsen	max.	71,66 €

<sup>1</sup> Der Arbeitgeberanteil liegt stets bei 1,8%, in Sachsen bei 1,3%.



## Fälligkeit der Beiträge 2025

Beitragsmonat	Termine für den Beitragsnachweis (2 Arbeitstage vor Fälligkeit der Beitragsgutschrift)	Fälligkeitstag (drittletzter Bankarbeitstag)
Januar	27.01.2025 <sup>1</sup>	29.01.2025
Februar	24.02.2025 <sup>1</sup>	26.02.2025
März	25.03.2025 <sup>1</sup>	27.03.2025
April	24.04.2025 <sup>1</sup>	28.04.2025
Mai	23.05.2025 <sup>1</sup>	27.05.2025
Juni	24.06.2025 <sup>1</sup>	26.06.2025
Juli	25.07.2025 <sup>1</sup>	29.07.2025
August	25.08.2025 <sup>1</sup>	27.08.2025
September	24.09.2025 <sup>1</sup>	26.09.2025
Oktober	24.10.2025 <sup>2</sup> /27.10.2025 <sup>1</sup>	28.10.2025 <sup>2</sup> /29.10.2025
November	24.11.2025 <sup>1</sup>	26.11.2025
Dezember	19.12.2025 <sup>1</sup>	23.12.2025

<sup>1</sup> Bitte beachten Sie, dass der Beitragsnachweis mit Beginn des Tages um 0:00 Uhr vorliegen muss. Daher unser Tipp: Bitte übermitteln Sie den Beitragsnachweis so rechtzeitig, dass dieser bereits am Vortag bis 24:00 bei der AOK eingeht.

<sup>2</sup> Gilt für Bundesländer, in denen der Reformationstag ein gesetzlicher Feiertag ist. Entscheidend ist der Sitz der Krankenkasse.

# SV-Checkliste zum Jahreswechsel

**Alle Jahre wieder.** Zu Beginn eines neuen Jahres sind in der Entgeltabrechnung mehrere Aufgaben zu erledigen.



## Jahresmeldungen bis 17. Februar 2025

Arbeitgeber übermitteln mit der Jahresmeldung 2024 den Beschäftigungszeitraum und das rentenversicherungspflichtige Bruttoentgelt des abgelaufenen Jahres für ihre Beschäftigten. Die Meldung mit dem Meldegrund „50“ ist die Grundlage für eine korrekte Berechnung der Rentenansprüche. Wegen des Wochenendes fällt der Abgabetermin in diesem Jahr auf Montag, den 17. Die Jahresmeldung zur Unfallversicherung ist ebenfalls am 17. Februar 2025 fällig.

→ [aok.de/fk/sozialversicherung/meldung-zur-sozialversicherung](https://aok.de/fk/sozialversicherung/meldung-zur-sozialversicherung)



## Prüfung der Krankenversicherungspflichtgrenze

Zum Jahreswechsel prüfen Arbeitgeber, wie sich die angehobene Jahresarbeitsentgeltgrenze (JAE-Grenze 2025: 73.800 Euro) auf die Krankenversicherungspflicht ihrer Beschäftigten auswirkt. Wird in einer krankenversicherungspflichtigen Beschäftigung mit dem regelmäßigen Jahresarbeitsentgelt die aktuelle Grenze und die des Folgejahrs überschritten, endet zum Jahresende die Krankenversicherungspflicht.

→ [aok.de/fk/jae-grenze](https://aok.de/fk/jae-grenze)

Mit dem JAE-Rechner der AOK erkennen Sie auf einen Blick, ob Beschäftigte die JAEG überschreiten:

→ [aok.de/fk/jae-rechner](https://aok.de/fk/jae-rechner)



## U1: Umlagepflicht prüfen und Erstattungssatz wählen

Bis Ende Januar prüfen Unternehmen, ob sie am Ausgleichsverfahren U1 teilnehmen. Maßgeblich ist die Beschäftigtenzahl aus dem Vorjahr: Bei weniger als 30 Beschäftigten besteht Umlagepflicht. Mit dem AOK-Umlagepflichtrechner erfahren Arbeitgeber mit wenigen Klicks, ob Umlagepflicht besteht.

→ [aok.de/fk/umlagepflichtrechner](https://aok.de/fk/umlagepflichtrechner)

Bis 29. Januar 2025 können Betriebe zudem die Höhe des Erstattungssatzes der Umlage U1 wählen. Die Erstattungssätze der regionalen AOK für 2025 sind im AOK-Arbeitgeberportal ersichtlich.

→ [aok.de/fk/umlagesaetze-2025](https://aok.de/fk/umlagesaetze-2025)



## Künstlersozialabgabe: bis 31. März

Unternehmen, die 2024 selbstständige Kunstschaffende oder publizistisch Tätige beauftragt haben, melden die gezahlten Honorare bis 31. März an die Künstlersozialkasse.



## So unterstützt die AOK

### Gesetzliche Änderungen im Blick behalten

Alle Gesetzesänderungen aus dem Bereich SV finden Sie bei „Trends & Tipps 2025“ der AOK: Mit dem Themenspezial im Arbeitgeberportal, Online-Seminar, E-Paper und Erklärvideos sind Arbeitgeber bestens über neue Entwicklungen informiert.

→ [aok.de/fk/jahreswechsel](https://aok.de/fk/jahreswechsel)

# Neue Grenzen bei Minijobs

**Mindestloohnerhöhung.** Der Mindestlohn ist zum 1. Januar 2025 auf 12,82 Euro gestiegen. Damit geht auch eine Erhöhung der Minijob-Entgeltgrenze auf 556 Euro monatlich einher. Auch die Untergrenze des Übergangsbereichs wird angepasst.

Der gesetzliche Mindestlohn steigt mit Wirkung zum 1. Januar 2025 von 12,41 Euro auf 12,82 Euro. Das hatte die Bundesregierung bereits 2023 beschlossen und dabei ist es trotz einiger Diskussionen in der zweiten Jahreshälfte 2024 geblieben. Die neuen Werte für 2024 und 2025 wurden in der Vierten Mindestlohnverordnung vom 15. November 2023 festgelegt. Nach einem Anstieg im Oktober 2022 auf 12 Euro und einer weiteren Erhöhung zum 1. Januar 2024 von 12 Euro auf 12,41 Euro ist dies die dritte Anhebung des gesetzlichen Mindestlohns in Folge.

## Minijobgrenze ist an Mindestlohn gekoppelt

Seit 2023 ist die Geringfügigkeitsgrenze für Minijobs dynamisch an den gesetzlichen Mindestlohn gekoppelt. Erhöhungen des Mindestlohns führen damit automatisch auch zu einer Erhöhung der Minijobgrenze. Sie entspricht dem monatlichen Arbeitsentgelt, das bei einer Arbeitszeit von zehn Wochenstunden zum Mindestlohn erzielt wird. Im Jahr 2025 erhöht sich durch den gestiegenen Mindestlohn somit die Minijobgrenze von 538 Euro auf 556 Euro.

## Monatsdurchschnitt in einem Jahr ist entscheidend

Ein Überschreiten der 556-Euro-Grenze ist möglich, solange der tatsächliche Verdienst im monatlichen Durchschnitt nicht über 556 Euro liegt. Das heißt, Minijobbende können in einem Zeitjahr rückwirkend betrachtet maximal 6.672 Euro verdienen. Bei der Prüfung der Frage, ob das Arbeitsentgelt im Minijobbereich liegt, ist vom regelmäßigen Arbeitsentgelt auszugehen.



## Beispiel

Eine Verkäuferin nimmt zum 1. Mai 2025 eine geringfügig entlohnte Beschäftigung mit einem Arbeitsentgelt von monatlich 520 Euro auf. Zusätzlich wird ihr im Arbeitsvertrag ein Weihnachtsgeld von 400 Euro zugesichert.

Bei der Berechnung des jährlichen Gesamtentgelts muss zum einen das monatliche Arbeitsentgelt berücksichtigt werden. Prognostiziert man ein dauerhaftes Arbeitsverhältnis, sind das 520 Euro mal 12 (Beschäftigung vom 1. Mai 2025 bis zum 30. April 2026), ergibt 6.240 Euro. Hinzugerechnet wird das Weihnachtsgeld von 400 Euro, da es vertraglich zugesichert und damit regelmäßig ist. Das regelmäßige Jahresarbeitsentgelt beträgt somit 6.640 Euro. Auf den Monat betrachtet liegt das Entgelt bei 553,33 Euro und damit innerhalb der Geringfügigkeitsgrenze von 556 Euro. Eine geringfügig entlohnte Beschäftigung liegt also vor.





# 12,82 Euro

beträgt der neue Mindestlohn 2025.

# 556 Euro

ist die neue Minijobgrenze 2025.

### Gehaltsspitzen vermeiden

Größere Gehaltssprünge sind bei geringfügig entlohnenden Beschäftigungen zu vermeiden. Minijobbende dürfen in einzelnen Kalendermonaten auch mehr als 556 Euro verdienen, solange der Jahresverdienst die Grenze von 6.672 Euro nicht überschreitet. Dies gilt allerdings nur, wenn das Überschreiten der monatlichen Grenze nicht regelmäßig (dauerhaft) ist.

### Unvorhersehbares Überschreiten

Ein nur gelegentliches und nicht vorhersehbares Überschreiten bis zum Doppelten der monatlichen Geringfügigkeitsgrenze (1.112 Euro) gefährdet den Status als Minijob nicht. Als unvorhersehbares Ereignis gilt zum Beispiel Mehrarbeit wegen einer Krankheitsvertretung. Dabei bleibt ein zweimaliges gelegentliches, nicht vorhersehbares Überschreiten der Minijobgrenze innerhalb eines Zeitjahres beziehungsweise eines Abrechnungszeitraums ohne Konsequenzen. Daraus ergibt sich ein maximaler Jahresverdienst in Höhe des 14-Fachen der monatlichen Geringfügigkeitsgrenze (6.672 Euro plus maximal zweimal 556 Euro zusätzlich ergibt 7.784 Euro).

### Übergangsbereich schrumpft

Infolge der Mindestlohnerhöhung verschiebt sich die Mindestgrenze für den Übergangsbereich von 538,01 Euro

auf 556,01 Euro. Eine Beschäftigung im Übergangsbereich liegt 2025 somit vor, wenn das daraus erzielte Arbeitsentgelt regelmäßig im Entgeltkorridor von 556,01 Euro bis 2.000 Euro im Monat liegt und regelmäßig 2.000 Euro im Monat nicht übersteigt. An der Obergrenze für Beschäftigungen im Übergangsbereich ändert sich nichts. Durch die Anhebungen der Minijobgrenze wurde die Gehaltsspanne des Übergangsbereichs seit 2022 immer kleiner.



### So unterstützt die AOK

Mit dem Minijob- und Übergangsbereichsrechner 2025 ermitteln Sie die aktuellen Abgaben für geringfügig entlohnte Beschäftigungen bis 556 Euro und Tätigkeiten im Übergangsbereich (Midijobs).

→ [aok.de/fk/minijob-und-uebergangsbereichsrechner](https://aok.de/fk/minijob-und-uebergangsbereichsrechner)



# Fachkräfte gewinnen mit der **Chancenkarte**

**Recruiting.** Das neue Fachkräfteeinwanderungsgesetz vereinfacht seit November 2023 die Suche nach qualifizierten Beschäftigten aus dem Ausland. Die zum 1. Juni 2024 eingeführte Chancenkarte sorgt dafür, dass Fachkräfte aus Drittstaaten leichter in Deutschland auf Jobsuche gehen können.

Mithilfe der Chancenkarte können Menschen außerhalb der EU für ein Jahr nach Deutschland kommen, um hier eine Arbeit zu finden. Dafür brauchen sie noch keinen Arbeitsvertrag in Deutschland. Die Chancenkarte kann in einer deutschen Botschaft oder einem Konsulat beantragt werden. Einreisewillige Fachkräfte

haben jedoch einige Voraussetzungen zu erfüllen, die in einem Punktesystem bewertet werden.

Bewerbende, deren ausländische Qualifikationen sie nachweislich zu Fachkräften machen, erhalten die Chancenkarte ohne weitere Voraussetzungen.

### Vorteile für Arbeitgeber: Probearbeit und Punktesystem

Die Chancenkarte erlaubt Arbeitgebern, viel einfacher Fachkräfte mit der Chancenkarte probeweise zu beschäftigen. Durch die Aufnahme einer zweiwöchigen Probebeschäftigung oder einer Nebenbeschäftigung von bis zu 20 Wochenstunden können Fachkräfte und Unternehmen sich schon einmal kennenlernen und herausfinden, ob es beruflich passt.

Ein weiterer Vorteil ist das transparente Punktesystem, mit dem die vorhandenen Qualifikationen bewertet werden. Grundsätzlich müssen die Bewerbenden in Bereichen wie Qualifikation, Sprachkenntnisse, Deutschlandbezug, Berufserfahrung und Alter sechs Punkte erreichen.

### Beispiele für die Punktevergabe:

- zwei Punkte für Personen unter 35 Jahren
- zwei Punkte für zwei Jahre Berufserfahrung in den letzten fünf Jahren
- drei Punkte für Deutschsprachkenntnisse auf Niveau B2 des Gemeinsamen Europäischen Referenzrahmens für Sprachen (GER)

Wer die erforderlichen Punkte erhält, kann zur Arbeitsplatzsuche nach Deutschland einreisen.

### Lebensunterhalt müssen Bewerbende selbst sichern

Die Chancenkarte erhalten nur Arbeitsuchende, die den eigenen Lebensunterhalt in Deutschland selbst sichern können. Dies wird bereits bei der Visavergabe geprüft. Dazu reicht ein Einkommensnachweis, eine Bankbürgschaft oder eine Verpflichtungserklärung einer in Deutschland wohnhaften Person als Bürge.

Das Aufenthaltsrecht und die damit verbundene Jobsuche ist auf bis zu ein Jahr befristet. Es kann nur unter der Voraussetzung einmalig um maximal zwei Jahre verlängert werden, wenn die Fachkraft danach keinen anderen Erwerbstitel aus dem Aufenthaltsgesetz bekommen kann, aber dennoch ein Angebot für eine qualifizierte Beschäftigung hat.

### Tipps für Arbeitgeber bei der Fachkräftesuche

Beim Recruiting von Fachkräften aus dem Ausland – ob mit oder ohne Chancenkarte – sollten Unternehmen in ihren Stellenanzeigen betonen, dass sie offen für Bewer-

bungen von ausländischen Arbeitskräften sind, und die Anzeigen bestenfalls in mehreren Sprachen formulieren. Kommen Fachkräfte über die Chancenkarte ins Unternehmen, ist es wichtig, sie bei der Erlangung eines Anschlussaufenthaltstitels zu unterstützen, um eine langfristige Zusammenarbeit zu sichern.

### Studie bestätigt: Fachkräftemangel kostet Milliarden

Der Fachkräftemangel ist und bleibt eine große Herausforderung für den hiesigen Arbeitsmarkt. Gerade in der Pflege und in Dienstleistungsbranchen wie der Gastronomie und dem Handel, aber auch in der IT, fehlt Personal. Das Institut der Deutschen Wirtschaft veröffentlichte im Mai 2024 eine Studie, derzufolge der Fachkräftemangel deutschlandweit allein im Jahr 2024 49 Milliarden Euro kosten wird. Der Personalmangel in den Unternehmen führt wiederum zu Produktionseinbußen trotz hoher Nachfrage. Die Kosten für die Wirtschaft könnten sich der Studie zufolge bis zum Jahr 2027 auf 74 Milliarden Euro erhöhen.



## So unterstützt die AOK

### AOK im Ohr-Podcast

Die dreiteilige Podcast-Reihe **AOK im Ohr – der Arbeitgeberpodcast** informiert Sie über alle relevanten Änderungen und Neuerungen des Fachkräfteeinwanderungsgesetzes. In der dritten Folge geht es um die Chancenkarte:

→ [aok.de/fk/podcast](https://aok.de/fk/podcast)

### Online-Training

Mit dem kostenlosen Online-Training zum neuen Fachkräfteeinwanderungsgesetz erfahren Sie die wichtigsten Aspekte zum Thema:

→ [aok.de/fk/online-trainings](https://aok.de/fk/online-trainings)

# Neues bei den Meldungen

**DEÜV und weitere Meldeverfahren.** Alle relevanten Neuerungen und Änderungen im Überblick.

## Elektronische Betriebsprüfung

Die elektronisch unterstützte Betriebsprüfung (euBP) ist seit zwei Jahren verpflichtend für Arbeitgeber. Alle prüfrelevanten Daten müssen direkt aus der Entgeltabrechnung an die Rentenversicherung übermittelt werden.

Für Daten aus der Finanzbuchhaltung gab es eine Übergangsfrist: Bis Ende 2024 konnten diese weiterhin auf dem herkömmlichen Weg eingereicht werden. Seit 1. Januar 2025 wird aber auch hier die digitale Übermittlung bindend.

Ausnahmeregelungen können mit einem formlosen Antrag an den zuständigen Rentenversicherungsträger bis maximal Ende 2026 verlängert werden.

Das Verfahren ist XML-basiert und entspricht den höchsten Sicherheitsstandards. Die Betriebsprüfungsergebnisse werden aufgrund der Rechtsverbindlichkeit weiterhin postalisch übermittelt.

## Rechtskreistrennung Ost und West entfällt

Seit dem 1. Januar 2025 gibt es keine unterschiedlichen Rechengrößen nach Rechtskreis West und Ost mehr. Das betrifft die Beitragsbemessungsgrenze und die Bezugsgröße in der Renten- und Arbeitslosenversicherung. Hintergrund der Trennung war, dass für die Ost-Bundesländer einkommensbedingt niedrigere Berechnungsgrößen galten als für die West-Bundesländer. Abhängig vom Meldezeitraum gelten aber unterschiedliche Bedingungen:

- Für Meldezeiträume bis einschließlich 31. Dezember 2024 bleibt die Rechtskreistrennung erhalten – das betrifft auch Stornierungsmeldungen.

- Für Meldezeiträume ab 2025 ist bei den DEÜV-Meldungen kein Rechtskreiskennzeichen mehr anzugeben. Aber Achtung: Für die Übermittlung von Beitragsnachweisen müssen Arbeitgeber auch 2025 den Rechtskreis angeben. Dies ist zunächst bis 31. Dezember 2025 vorgesehen. Die Rentenversicherung begründet dies damit, dass die Rechtskreistrennung für die Ermittlung des Bundeszuschusses bis zum Ende des Jahres 2025 erforderlich ist. Zudem sind verschiedene Schnellmeldungen und Finanzstatistiken getrennt für West und Ost zu erstellen. Außerdem ist für die Beitragsabrechnung (Monatsabrechnung) und die Beitragsweiterleitung die Rechtskreistrennung bis mindestens 31. Dezember 2025 notwendig.

## Arbeitgeberkonto: SEPA-Lastschriftmandat elektronisch widerrufen

Arbeitgeber können SEPA-Lastschriftmandate seit dem 1. Januar 2025 mit der Einführung eines neuen Datenfeldes im Datenbaustein „DBSL“ elektronisch widerrufen. Vorher war dies nur in schriftlicher Form möglich. Ein Widerruf ist frühestens vier Arbeitstage nach Anmeldung zulässig. Bei mehreren Mandaten zählt das zuletzt übermittelte.

Im Datenbaustein DBKO ist es nur möglich, eine abweichende Anschrift des Arbeitgebers anzugeben, nicht die eines Dienstleistenden. Um diesen Fehler künftig zu vermeiden, wird der entsprechende Datenbaustein in „Abweichende Korrespondenzanschrift des Arbeitgebers“ umbenannt.



Für die Wirksamkeit von Daten sind grundsätzlich nur zukünftige Zeitpunkte zulässig, ausgenommen sind spezielle Regelungen im U1-Verfahren, die Rückdatierungen erlauben. Bei einem Wechsel der Bankverbindung ist es erforderlich, das Mandat zu widerrufen und ein neues zu erteilen.

#### **Zentrale Stammdatendatei und Unternehmensdatenbasisregister ab dem 1. Juli**

Vom 1. Juli 2025 an wird eine zentrale Stammdatendatei

eingeführt, die wichtige Unternehmensdaten enthält. Ziel ist es, Unternehmen von mehrfachen Berichtspflichten zu entlasten, indem sie ihre Stammdaten nur einmal melden (Once-Only-Prinzip). Eine Schnittstelle zum Unternehmenskonto im Portalverbund soll geschaffen werden, um die Identifizierung von Unternehmen für alle Verwaltungsakte zu vereinheitlichen. Die Wirtschafts-Identifikationsnummer wird nach der Abgabenordnung zur einheitlichen Wirtschaftsnummer.

Nach einem Fehlstart im vergangenen Jahr haben Arbeitgeber die Initialmeldungen für das Unternehmensbasisdatenregister erneut abzugeben, und zwar im Zeitraum vom 1. Januar 2025 bis 31. Mai 2025. Verpflichtet sind auch Arbeitgeber, die nur Ausfüllhilfen nutzen oder bereits Initialmeldungen abgegeben haben.

### Elektronische A1-Bescheinigungen für weitere Fälle

Grenzgänger, die in einem EU-Staat arbeiten und in einem anderen EU-Staat wohnen und dabei regelmäßig an ihren Wohnort zurückkehren, werden seit Januar 2025 in das A1-Verfahren eingebunden. Ursprünglich war die Einführung 2024 geplant. Für diese Gruppe ist zwar die Ausstellung einer A1-Bescheinigung nicht verpflichtend. In bestimmten Fällen ist es für Grenzgänger allerdings notwendig, gegenüber Versicherungsträgern im Wohnstaat oder dem Arbeitgeber nachzuweisen, welches Sozialversicherungsrecht für sie gilt.

Arbeitgeber können die A1-Bescheinigung für EU/EWR/Schweiz und das Vereinigte Königreich bereits elekt-

ronisch über Entgeltabrechnungsprogramme oder das SV-Meldeportal beantragen. Ab 2026 soll das Verfahren auf Staaten, mit denen Deutschland ein Sozialversicherungsabkommen geschlossen hat, ausgedehnt werden.



### So unterstützt die AOK

Weitere Informationen zu Änderungen in den Meldeverfahren und zur A1-Bescheinigung zum Jahreswechsel erhalten Sie im Arbeitgeberportal unter:

→ [aok.de/fk/jahreswechsel](https://aok.de/fk/jahreswechsel)





[aok.de/fk](https://aok.de/fk) –  
das Fachportal  
für Arbeitgeber

# Unser Medienangebot für Arbeitgeber

Die AOK informiert kompetent und praxisnah über Sozialversicherung und Betriebliche Gesundheitsförderung im Fachportal für Arbeitgeber, in Magazinen und E-Paper, im Newsletter, in Podcasts sowie in Online-Seminaren.

## AOK-Magazine gesundes unternehmen

Die Arbeitgebermagazine der AOK bieten viermal jährlich interessante Berichte und praktische Tipps rund um die Betriebliche Gesundheitsförderung und gesundes Führen sowie zu neuen Entwicklungen im Bereich Sozialversicherung. Das Magazin gibt es in zwei Varianten: für Betriebe mit weniger als zehn und für Arbeitgeber mit mindestens zehn Beschäftigten.

→ [aok.de/fk/magazin](https://aok.de/fk/magazin)

## AOK-Newsletter gesundes unternehmen

Mit dem AOK-Newsletter für Arbeitgeber bleiben Sie immer bestens informiert: Wir halten Sie jeden Monat über wichtige Änderungen in der Sozialversicherung und Trends in der Betrieblichen Gesundheitsförderung auf dem Laufenden – mobil optimiert, klar strukturiert und perfekt auf Arbeitgeber zugeschnitten.

→ [aok.de/fk/newsletter](https://aok.de/fk/newsletter)

## AOK-E-Paper zu Sozialversicherungsthemen

Die AOK-E-Paper sind Ihre zuverlässige Informationsquelle bei Fragen rund um die Sozialversicherung. In fundierten Beiträgen erfahren Sie mehr über Themen wie die Beschäftigung von Studierenden oder älteren Mitarbeitenden, Entgeltfortzahlung oder Minijobs – kompakt und praxisnah aufbereitet. Die Informationen werden jährlich aktualisiert und sind ganzjährig als Download im Fachportal verfügbar.

→ [aok.de/fk/sv-e-paper](https://aok.de/fk/sv-e-paper)

## Podcast AOK im Ohr

Was gibt es Neues in der Sozialversicherung? Was können Arbeitgeber für die Gesundheit der Mitarbeitenden tun? In den Podcasts lässt die AOK unterschiedliche Expertinnen und Experten zu aktuellen Themen zu Wort kommen. Einfach reinhören.

→ [aok.de/fk/podcast](https://aok.de/fk/podcast)

## Digitale Weiterbildung mit der AOK

### Online-Seminare

Nutzen Sie unsere attraktiven Online-Seminare für Arbeitgeber – eine innovative Plattform für Ihre berufliche Weiterbildung. Bundesweit bieten wir Ihnen viele interessante und kostenfreie Online-Seminare zu aktuellen Fachthemen aus Sozialversicherung und Betrieblicher Gesundheitsförderung.

→ [aok.de/fk/online-seminare](https://aok.de/fk/online-seminare)

### Online-Trainings

Vertiefen Sie Ihr fachspezifisches Wissen mit den kostenfreien Lernprogrammen der AOK. Die abwechslungsreichen und zeitsouveränen Lerneinheiten bringen Sie beruflich weiter und lassen sich perfekt in Ihren Arbeitsalltag integrieren. Mit den Online-Fortbildungen lernen Sie in Ihrem eigenen Tempo – praxisorientiert und interaktiv.

→ [aok.de/fk/online-trainings](https://aok.de/fk/online-trainings)

# Kennen Sie schon die neuen Online-Seminare der AOK?

## Termine 2025

### Februar

Arbeitsunfähigkeit und Datenaustausch  
Krankengeld

### März

Sonderfälle im DEÜV-Meldeverfahren

Positiv führen – Anregungen aus der  
Positiven Psychologie

Entgeltfortzahlung und Aufwendungs-  
ausgleichsgesetz (AAG)

### Mai

Beschäftigung älterer Fachkräfte

Neues zum Thema Minijobs und Mindestlohn

### Juni

Pflegeversicherungsbeiträge:  
digitales Nachweisverfahren

Frauengesundheit in der Arbeitswelt –  
Fokus Wechseljahre

### September

Arbeitgeberaufgaben bei  
Mutterschutz

KI und Arbeit – wie uns die digitale  
Transformation beeinflusst

Studenten und Praktikanten:  
Was ist zu beachten?

### November

Trends & Tipps 2026

### Dezember

Legalisierung von Cannabis in der  
Arbeitswelt – Umgang und Prävention

**Jetzt  
informieren:**

[aok.de/fk/  
online-seminare](https://aok.de/fk/online-seminare)

**Bei aktuellen Entwicklungen werden  
Seminarthemen angepasst.**



Wollen Sie regelmäßig über aktuelle  
Themen der Sozialversicherung oder  
der Betrieblichen Gesundheitsförde-  
rung informiert werden?

Abonnieren Sie unseren kostenlosen  
Newsletter unter: [aok.de/fk/newsletter](https://aok.de/fk/newsletter)



Haben Sie ein ganz konkretes sozi-  
alversicherungsrechtliches Anliegen  
oder eine spezielle Frage und suchen  
individuellen Rat?

Fragen Sie unsere Fachleute unter:  
[aok.de/fk/expertenforum](https://aok.de/fk/expertenforum)



Brauchen Sie schnell und umfassend  
Informationen zu Fragen der Sozial-  
versicherung oder zur Betrieblichen  
Gesundheitsförderung?

Recherchieren Sie auf unserer Website:  
[aok.de/arbeitgeber](https://aok.de/arbeitgeber)